

Nach dem Affront von Karlsruhe:

Kontakt mit der Politik

Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering,
empfängt Vorsitzende von ISOR und Güstrower TIG

Von Horst Parton und Walter Krüger

Am 29. März empfing Erwin Sellering in seinem Wahlkreis Torgelow Horst Parton und Walter Krüger zu einem Gespräch, das auf Antrag der TIG Güstrow zustande gekommen war.

Der Ministerpräsident hatte sich bisher stets für Rentengleichheit zwischen Ost und West eingesetzt und jede Form von Ungerechtigkeit auf diesem und anderen sozialen Gebieten öffentlich kritisiert. Auch dafür erhielt er von den Wählerinnen und Wählern anlässlich der Landtagswahl am 4. September 2016 das Vertrauen. Auch ISOR-Mitglieder in Mecklenburg-Vorpommern waren daran beteiligt. Bei unserer Begegnung empfanden wir eine Atmosphäre der Achtung und des Respekts, die die Anspannung sofort löste, zumal der Gastgeber mit den Worten „Über 26 Jahre ISOR und ihr Rentenkampf“ zu verstehen gab, dass er über die uns bewegenden Fragen informiert ist.

Wir sprachen im Namen der mehr als 16.000 in ISOR organisierten Mitglieder und zeigten die soziale Situation seit der Einführung des Rentenüberleitungsgesetzes und des AAÜG aller ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR beispielhaft auf.

In zwei Dokumentationen übergaben wir einen Nachweis über den seit 1991 hartnäckig politisch und juristisch geführten Kampf gegen das verfügte Rentenunrecht. Das betraf auch die Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen, die das Urteil des Bundessozialgerichtes vom 23. August 2007 für die Anspruchsberechtigten der Sonderversorgungssysteme einräumt. Gemäß § 14 SGB IV kann durch die Anerkennung des gezahlten Verpflegungsgeldes eine rentenwirksame Leistung erreicht werden. Anträge auf Überprüfung der erteilten Entgeltbescheide lehnte der Versorgungsträger des Landes Mecklenburg-Vorpommern allerdings ab. Als einziges Bundesland setzt die Landesregierung Brandenburg den genannten Beschluss des BSG konsequent um.

Schwerpunkt des Gesprächs war die andauernde Diskriminierung, die Einschränkung des passiven Wahlrechts, die Berufsverbote und

der Missbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht.

ISOR hat sich stets sowohl politisch als auch juristisch gegen jegliches Unrecht zur Wehr gesetzt und wird es im Fortbestehen weiterhinetzen. Dass wir den richtigen Weg unserer ISOR beschritten haben, beweisen sowohl die eingereichten 26.000 Klagen der Mitglieder bei den Sozialgerichten und die über 80.000 Widerspruchsverfahren bei den Renten- und Versorgungsträgern als auch die über 100 Klagen bei den Sozialgerichten wegen der Verweigerung der Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen.

Dreimal konnte beim Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben werden, 13 eingereichte Verfassungsbeschwerden wurden bearbeitet. Für die Mehrheit der ehemaligen Angehörigen der NVA, des MdI und der Zollverwaltung der DDR wurde die Strafberechnung aufgehoben und für das MfS abgemildert. Dennoch, bei aller Freude über die juristischen Entscheidungen, sind Verfassungsbeschwerden 2004 und 2016 abschlägig beschieden worden. Erst am 7. November des vergangenen Jahres hat die 1. Kammer des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts die Nichtannahme sieben solcher Beschwerden mit Beschluss verfügt. Diese Art des Umgangs mit Bürgeranliegen nach viereinhalb Jahren Vorlage halten wir für unangemessen und dem Grundanliegen der demokratischen Rechtsordnung widersprechend.

Den Missbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht sehen wir als Ungerechtigkeit gegen die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner, als Zwangsenteignung. Wir sind keine sozialen Geißeln der Politik und haben nach dem jähen Ende am 3. Oktober 1990 die Einheit mitgetragen.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass sich der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern bei vielen Gelegenheiten gegen die Rentenungerechtigkeit Ost öffentlich positionierte. Diese Haltung aus der Begegnung mitzunehmen, war ein Gefühl der Befriedigung und der Hoffnung, auch über die Politik etwas im Kampf um soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Deshalb wurde ihm gegenüber die Bitte geäußert, gemeinsam mit den zuständigen Ministerien die Möglichkeit einer erneuten Initiative der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zur Schließung der verbleibenden Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht zu prüfen, auch im Zusammenhang mit dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz, so wie das durch die Landesregierung im Bundesrat am 27. Juni 2002 vorgetragen wurde.

Der Ministerpräsident sagte eine Prüfung der Vorschläge von ISOR zu. Anzuerkennen ist, dass er am 31. März 2017 im Bundesrat besonders die schnelle Angleichung des Rentenwertes Ost an West einforderte. In diesem Zusammenhang gab der Staatsminister in der Landesregierung Sachsens für die neuen Bundesländer folgende Erklärung ab:

„Das Statistische Bundesamt und die Deutsche Rentenversicherung Bund haben neue Daten zur Rentenentwicklung vorgelegt. Danach soll in Westdeutschland die Rente um 1,9 Prozent, in den neuen Ländern um 3,59 Prozent steigen. Die Länder Sachsen, Brandenburg, Berlin und Thüringen erwarten von der Bundesregierung, dass sie die sich durch die Vorlage der Daten ergebende Veränderung in geeigneter Weise im weiteren Gesetzgebungsverfahren aufgreift und den vorliegenden Gesetzentwurf entsprechend anpasst. Es soll sichergestellt werden, dass alle Rentnerinnen und Rentner an der tatsächlichen Entwicklung teilhaben können. Der sich daraus ergebende Spielraum sollte dazu genutzt werden, den Zeitraum bis zur vollständigen Angleichung der Rentenwerte zu verkürzen.“

Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung dafür ein offenes Ohr hat und den Forderungen der Regierungschefs der ostdeutschen Länder nachkommt.

Die große Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Gerechtigkeit ist ein Gebot der Zeit. Sich dafür einzusetzen, ist für uns als ISOR unverzichtbar.

40 Jahre war es unsere Lebensaufgabe, an der wir verantwortungsbewusst mitgearbeitet haben. Das ließen wir den Ministerpräsidenten am Ende des Gesprächs mit der Übergabe der Publikation „Soldaten für den Frieden“ wissen. Mit seinem freundlichen Dank endete das informative Gespräch.

Es war ein richtiger und wichtiger Schritt im Interesse unserer ISOR.

Erstmalig kam es in der Geschichte von ISOR zu einem Meinungs austausch über soziale Ungerechtigkeiten mit einem Ministerpräsidenten eines Bundeslandes. Es ist ein wichtiger Schritt unserer sozialen Bewegung.

Am 24. September sind die Wahlen für das höchste Parlament, den Bundestag. Nutzen wir die Möglichkeit und fordern von den Kandidaten die Positionierung für Frieden und Gerechtigkeit. Wer sich unzweifelhaft dafür ausspricht, dem geben wir unsere Stimme zum Einzug in den Deutschen Bundestag.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der neugewählte Vorsitzende des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, Generalleutnant a. D. Manfred Grätz, stellte sich in seiner neuen Funktion dem Vorstand der ISOR e.V. vor. Er würdigte die aktuelle Bedeutung der gemeinsamen Friedensbroschüre „Soldaten für den Frieden“ und bekräftigte den Wunsch nach Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit unserer beiden Vereine.

*

In Auswertung eines Gespräches mit dem Europarechtsexperten Rechtsanwalt Dr. Kleine-Cossack am 5. April 2017 erläuterten die Rechtsanwälte Benno Bleiberg und Dr. Bernfried Helmers ihre Vorstellungen für eine Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Reaktion auf die Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG. Der Vorstand beschloss nach eingehender Diskussion mit großer Mehrheit, beide Anwälte zu beauftragen, eine Menschenrechtsbeschwerde einzureichen, in der die Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (Eigentumschutz, Gleichheitsgebot, Diskriminierungsverbot) gerügt und zugleich die Verweigerung rechtlichen Gehörs durch das Bundesverfassungsgericht eingeklagt werden sollen.

*

Herbert Kranz legte dem Vorstand eine Zusammenfassung aller bisher von den TIG zur weiteren Gestaltung der Arbeit eingereichten Vorschläge vor und erläuterte diese. Diese Zusammenfassung wird für die Vorbereitung der Vertreterversammlung und die neu zu erarbeitende politische Führungskonzeption der ISOR genutzt.

*

Dem Vorstand liegen bisher folgende Kandidaturen für die Neuwahl am 15.06.2017 vor:

Horst Parton, Jg. 1936, Vorsitzender, ehem. Transportpolizei

Prof. Dr. Horst Bischoff, Jg. 1936, Stellv. Vorsitzender, ehem. Zollverwaltung der DDR

Joachim Bonatz, Jg. 1947, Stellv. Vorsitzender, ehem. MfS

Joachim Bonatz ist langjähriges ISOR-Mitglied, hat in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der IGA als EDV-Experte maßgeblich zur Erhebung und Sicherung der Daten für die eingereichten Verfassungsbeschwerden beigetragen und gehört als Schatzmeister dem Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden an.

Hans-Peter Speck, Schatzmeister, Jg. 1940, ehem. MfS

Wolfgang Schmidt, Schriftführer, Jg. 1939, ehem. MfS

Dr. Rainer Rothe, Jg. 1940, ehem. MfS

Willi Becker, Jg. 1950, ehem. MfS

Horst Eismann, Jg. 1938, ehem. MfS

Manfred Jonischkies, Jg. 1942, ehem. NVA

Herbert Kranz, Jg. 1939, ehem. MfS

Hartmut Schuchardt, Jg. 1944, ehem. MfS

Manfred Volland, Jg. 1933, ehem. NVA

Dieter Wittstock, Jg. 1947, ehem. MfS

Ulrich Thorwirth, Jg. 1950, ehem. MfS

Ulrich Thorwirth wurde 2016 in den Beirat der ISOR berufen und mit der Betreuung von TIG im Land Brandenburg beauftragt. Er ist als Nachfolger für den ausscheidenden Landesbeauftragten Gerd Röseberg vorgesehen.

Die anderen Kandidaten sind den Mitgliedern aus ihrer bisherigen Tätigkeit im Vorstand hinreichend bekannt.

Neue Initiative im Bundstag

Die Fraktion der Partei DIE LINKE hat am 11.4.2017 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein gesetzliches Maßnahmenpaket zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in Deutschland vorzulegen (**DS 18/11750**). Gefordert wird, durch einen „Solidarpakt III“ eine langfristige Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West zu gewährleisten.

Die Förderung soll „auch nach 2020 mit ausgeweiteten finanziellen Mitteln weiterentwickelt werden“. Gefordert wird zugleich, „Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, die eine deutliche Steigerung der

Löhne und Gehälter insgesamt und eine Aufwärtskonvergenz der ostdeutschen Löhne und Gehälter ermöglichen“. Hierzu soll der gesetzliche Mindestlohn auf 12 € ohne Ausnahme angehoben werden. „Bis zu einem Verbot ist die Leiharbeit stärker zu regulieren und der Missbrauch von Werkverträgen effektiv zu bekämpfen“, heißt es in der Vorlage. Die Befristung von Arbeitsverträgen soll „bis auf wenige sachgrundbezogene Ausnahmen“ beschränkt werden.

Gefordert wird zugleich, die Renteneinheit herzustellen und Altersarmut zu verhindern. Es soll „ein steuerfinanzierter, stufenweiser Zuschlag eingeführt (werden),

mit dem der Unterschied zwischen dem Rentenwert Ost und dem im Westen geltenden allgemeinen Rentenwert bis zum 1.7.2019 sukzessive ausgeglichen wird“. Die Umrechnung der Beitragsbemessungsgrundlagen soll noch solange bestehen bleiben, „bis die Löhne und Entgelte im Osten annähernd das Westniveau erreicht haben“.

Gefordert wird, „die Fehlentscheidungen bei der Überleitung der DDR-Alterssicherungssysteme in das bundesdeutsche Recht, die beispielsweise zu Überleitungslücken geführt haben“, zu beseitigen.

*



Nach der erfolgreichen Zusammenkunft der **TIG Geithain, Borna und Rochlitz** zum Dokument „Neue Macht – neue Verantwortung“ mit Prof. Horst Bischoff vor zwei Jahren gab es am 25.03.2017 eine Veranstaltung zur kritischen Bewertung des Weißbuches 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr unter Einbeziehung des Schwarzbuchs der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Als Referenten begrüßten wir erneut Prof. Bischoff sowie Oberst a.D. B. Biedermann.

Neu war die gemeinsame Vorbereitung und Einladung durch den Vorsitzenden des Ortsverbandes Geithain der Partei Die Linke und den Vorsitzenden von *ISOR e.V.* TIG Geithain an die Mitglieder, deren Ehepartner und weiterer interessierter Bürger. Wir wollten damit erreichen, solch wichtige Informationen einem größeren Personenkreis als den Mitgliedern der jeweiligen Organisationen zugänglich zu machen. Die Teilnehmerzahl und die Diskussionsfreudigkeit bewiesen die Richtigkeit dieser Überlegung.

Im Anschluss konnten die ebenfalls eingeladenen Vertreter benachbarter TIG Prof. Bischoff zur Fortsetzung der Arbeit von *ISOR* konsultieren.

R. Froberg

*

Liebe Genossen und Freunde, die an alle *ISOR*-Mitglieder gerichtete Frage, wie es mit *ISOR* weitergehen soll, veranlasst mich zu dieser Wortmeldung. Die erste grundsätzliche Antwort lautet, *ISOR* muss erhalten werden. In über 25 Jahren ist durch die Aktivität vieler ihrer Mitglieder eine Organisation entstanden, auf die in der sozialen und politischen Auseinandersetzung nicht verzichtet werden darf. Auf weitere Begründungen kann ich hier verzichten, auch wenn wir nach der Mitgliederbefragung feststellen werden, dass enttäuschte, müde gewordene und gesundheitlich beeinträchtigte Mitglieder nicht mehr bereit sind, den weiteren Weg mit uns zugehen. Es geht mir vielmehr darum, wie es mit *ISOR* weitergehen sollte. *ISOR* sollte sich weiter öffnen und die politische Auseinandersetzung für Rentengerechtigkeit in dieser Bundesrepublik in der ganzen Breite führen. Die Beseitigung der Ungerechtigkeit der Ostrenten muss noch stärker als bisher in den Vordergrund treten. Das hilft auch unseren Mitgliedern. Darüber hinaus geht es um die stärkere Thematisierung der Ansprüche aller Rentner, die durch den Einigungsvertrag benachteiligt wurden. Ich denke dabei z. B. an die Bürgerinnen und Bürger der DDR, die zeitweilig keiner Erwerbstätigkeit nachgingen

(u. a. Betreuung der Kinder oder Familienangehörige) und durch persönliche Einzahlungen in die Rentenversicherung ihren Mindestrentenanspruch aufrechterhalten wollten. Mit einigen wenigen Cent werden sie im Zahlbetrag ihrer Rente abgespeist. Dieser geringe Betrag wird auch nicht dynamisiert. All die anderen Benachteiligten sind Euch genauso geläufig wie mir. Generell muss es jedoch um ein einheitliches Rentenrecht gehen, das den verpflichtenden Beitrag durch alle Bürger in die Rentenversicherung regelt, damit Altersarmut in diesem reichen Land endgültig überwunden wird. Meiner Ansicht nach kommt es in der Zukunft darauf an, die geistigen und organisatorischen Kräfte zu bündeln. Ähnlich wie uns geht es anderen uns gleichgesinnten Organisationen so, dass die Mitgliederzahlen sinken. Der geringe Zuwachs an neuen Mitgliedern wird die Anzahl der durch Tod ausscheidenden nicht ausgleichen. Es müssen jetzt die Entscheidungen für die nächsten 10 bis 15 Jahre getroffen werden. Wir sollten uns gegebenenfalls organisatorisch zusammenschließen. Wenn ich u. a. an die GRH denke, bieten sich bestehende Arbeitsgruppen für ein Zusammengehen geradezu an und würden auch Doppelmitgliedschaften beenden. Ganz abgesehen von der Minimierung anderer Organisationskosten. Dabei könnte der Zusammenschluss im Namen seinen Ausdruck finden, damit sich niemand vereinnahmt fühlen muss. Vermutlich habt Ihr an all diese Probleme auch schon gedacht, so könnt Ihr meine Überlegungen als Bestätigung werten.

Wilfried Nagel TIG Berlin Hellersdorf

*

Zur Außerordentlichen Mitgliederversammlung hatte der **TIG Vorstand Schwerin** seine Mitglieder am 12. April eingeladen. Thema war die mit der Nichtannahme unserer Verfassungsbeschwerden eingetretene neue Situation und die daraus resultierenden Fragen: Wie weiter, mit welchen Zielen, Inhalten, Arbeitsweise, Strukturen und welchen Verbündeten.

Vorstandsmitglied J. Krieg berichtete zunächst über die statistische Auswertung der Mitgliederbefragung: 54 Prozent haben für die Fortsetzung der *ISOR* und 46 Prozent für die Beendigung ihrer Mitgliedschaft votiert. Letztere Gruppe reflektiert dabei vor allem, dass das BVerfG den innerstaatlichen Rechtsweg zur Aufhebung der Straffrente für die von §7 AAÜG Betroffenen als für beendet erklärt hat. Enttäuschung und Frustration für die "höchstrichterlich" verordnete Ungleichbehandlung ausgewählter "Normadressaten" im X - Bereich berechtigen zu grundsätzlicher Kri-

tik an der bundesdeutschen Rechtsprechung. Nur, so die berechtigte Frage der Mehrheit: Hört damit unser Protest und unser Widerstand gegen Ungerechtigkeit auf? Weitere, objektive demographische „Ordnungszahlen“ forderten zur Diskussion heraus: 1/3 unserer Mitglieder sind bereits über 80 Jahre alt, 1/3 sind zwischen 70 und 80, nur 1/3 sind unter 70!

In 25 Jahren unserer TIG gab es noch keine Veranstaltung, in der so lebhaft wie auch konstruktiv diskutiert wurde; beachtlich allerdings, dass offensichtlich nur Befürworter der *ISOR* anwesend waren.

D. Dethloff ließ es nicht bei der offensichtlichen Vorgefasstheit der Richter. Diese haben es gar unterlassen festzustellen, um welche Beträge eine (politische) Rentenkürzung überhaupt zulässig sei. Diesen Ball schoben sie diffus der „Politik“ zu.

H. Fiegert berichtete, dass nicht Wenige durch den jahrzehntelangen Rentenkampf müde geworden sind, sie trotz Beweiskraft unserer Argumente keine Gerechtigkeit erfahren. Rechtstaatlichkeit wird ihnen alternativlos verweigert.

G. Nitschke, ehemaliger Offizier der NVA, erklärte, dass er aus prinzipieller solidarischer Überzeugung Mitglied der *ISOR* ist (bis zum Lebensende!). "Solange mein Herz schlägt, bleibe ich diesem Sozialverein verbunden". *ISOR* verfolge legitime Ziele, sei demokratisch, handle auf dem Boden des GG. Er appellierte, das Vermächtnis der Kundschafter für den Frieden offensiver zu bewahren.

P. Konieczny resümierte, *ISOR* habe sich in 25 Jahren als Sozialverein und Interessenvertreter vom Rentenstrafrecht Betroffener bewährt. Eine gerichtliche Entscheidung sollte und darf es nicht vermögen, diese Solidargemeinschaft zu zerstören. Denn: Solidarität und persönliche Beziehungen haben Bindekraft! In emotional bewegenden Erklärungen beschworen P. Müller und Eva H. den Fortbestand der *ISOR* - das sei bereits ein Gebot unserer persönlichen Ehre für einen Staat tätig gewesen zu sein, der sich dem Frieden und dem Antifaschismus verpflichtete und sie in diesem Sinne persönlich tätig waren. Jetzt aufzugeben bedeute zu kapitulieren! Sie bedauerten, dass etliche ihre Mitgliedschaft beenden. Aufgabe sei jetzt, unsere Ziele - auch angesichts wachsender Kriegsgefahr - neu zu formulieren. *ISOR* solle sich dazu Gleichgesinnten öffnen.

B. Beckmann verwies auf den Erfahrungswissensschatz im Mitgliederbestand und appellierte, diesen der historischen Wahrheit zu öffnen.

M. Jonischkies reflektierte den langjährigen alternativlosen Kampf für eine gerechte Rente der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR (mit Erfolgen, Niederlagen, jetzt zu beendenden und laufenden Verfahren)

und beleuchtete Fragestellungen möglicher juristischer Wege (EUGH), die Stärkung der TIG und unsere Positionierung gegen Aufrüstung, wachsende Kriegsgefahr und Bedrohung Russlands.

A. Clausner und S. Felgner fokussierten auf realistische Anforderungen und Aufgaben unserer TIG - vorbehaltlich sie von der Vertreterversammlung beschlossen werden: Kräftepotenzial bilanzieren, Strukturen organisieren, Verbündete einbeziehen.

In summa wurde deutlich: Wir waren, sind es und wollen es bleiben: ein politisch aktiver Sozialverein. Die Schweriner TIG bekennt sich zu ISOR und ihrem Vorstand.

Karl Bachmann

*

Nach der Mitgliederversammlung unserer ISOR-Gruppe in Niesky war ich ziemlich enttäuscht. Von unseren ca. 19 Mitgliedern stimmten wohl nur 6 für das Fortbestehen des Vereins. Ich bemerkte eine tiefe Resignation und möchte mit meiner Meinung die Genossen aufmuntern, aktiv zu werden, sich daran zu erinnern, wie sich auch andere in den Kampf für die gerechteste Sache der Welt einbringen. Wir sind im Recht und Recht wird siegen!

Neben mir liegt das Video "Putin und das neue Russland". Putin, einst beim KGB, jetzt selbstbewusstes Staatsoberhaupt des größten Landes der Erde, ausgerüstet mit viel Verstand und Cleverness.

Wir waren als DDR ein eigenständiger Staat, anerkannt von mehr als 100 Ländern der Erde, hatten somit auch unsere Staatssicherheit.

Unsere Produkte exportierten wir in viele Länder, einen großen Teil nach der BRD.

Für die vielen Fehler, die aus Unwissenheit, Selbstüberschätzung oder Altersstarrsinn von unserer Regierung begangen wurden, kann man uns nicht verantwortlich machen – diesen Schuh ziehe ich mir nicht an.

Dennoch leben, arbeiten und stehen wir zur fortschrittlichsten Gesellschaftsordnung, zum Kommunismus. Unsere Überzeugung kann uns doch niemand nehmen!

Ich bin sehr stolz auf alle Genossen, die diese Weitsicht haben, bei denen nicht der Beitrag im Vordergrund steht, die jetzt nicht klein beigegeben. Stolz auf alle, die gegen die Auflösung unseres Vereins sind. Stolz auf alle, die sich nicht ergeben, sondern weiterkämpfen. Wir sind doch im Recht und irgendwann wird das Recht siegen. Warum sollen wir kapitulieren?

Mein Vorbild: Wladimir Putin. Was muss dieser Mann alles verkraften, wie energisch muss er sich durchsetzen – schauen sie sich diesen Film an. Das Leben bedeutet Kampf und wer wüsste das nicht besser als unsere Genossen und alle die Menschen, die es begriffen haben und auf unserer Seite stehen.

Unterstützen wir unsere Linken – verstecken wir uns nicht, sondern nehmen teil an ihren Ver-

sammlungen, unterstützen wir ihre Wahlveranstaltungen, sagen offen und ehrlich unsere Meinung überall dort, wo uns Menschen zuhören und mit uns diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn immer mehr Genossen die Hürde überwinden und durch ihre Mitgliedschaft bei den Linken ihre Verbundenheit demonstrieren und durch den Mitgliedsbeitrag mithelfen, die ohnehin geringen Mittel der Partei aufzubessern. Das Leben ist nicht unendlich, tun wir, was wir noch tun können!

Und abschließend: Auflösung unseres ISOR-Vereines? Nie und nimmer! Keine Kapitulation! Wirklich überzeugte Genossen kämpfen bis zum Schluss für das Recht – denn das Recht steht auf unserer Seite!

Eure Pensionswirtin **Sabine Weiser** aus Hähningen – „Fragen an das MfS“ statt Bibel in den Gästezimmern der Pension.

*

Berliner OSTERMARSCH-Bilanz

Wieder ist es Ostern. Diesmal später als im vergangenen Jahr. Aber das Wetter ist schlechter, kälter, stürmischer und regnerischer, wie das politische Klima, das sich im Verhältnis zum Vorjahr weiter verschärft hat.

NATO-Truppen stehen an der Grenze zu Russland; im Syrienkonflikt werden Versuche, zu einer politischen Lösung zu kommen, durch gezielte Provokationen unter Ausnutzung der unübersichtlichen Lage und Ziele divergierender Gruppen im Keim erstickt. Die Türkei steht nach Ausgang des Referendums zur Verfassungsänderung vor dem Übergang zu einer Diktatur, die sich zur ersten Regionalmacht entwickeln wird; die Außen- und Militärpolitik der USA sind unberechenbarer und gefährlicher geworden, was durch den Einsatz neuer konventioneller und die Modernisierung atomarer Waffen bewiesen wird. In Korea besteht die unmittelbare Gefahr, dass aus Provokationen ein heißer Krieg entsteht, der das Leben in der ganzen Welt bedrohen würde.

Und was tun die Regierung der Bundesrepublik und die EU?

Sie treiben die Militarisierung voran. Sie äußern „Verständnis“ für konzentrierte Raketenangriffe der USA auf syrische Streitkräfte. Sie erhöhen die Rüstungsausgaben, modernisieren Waffensysteme, schaffen neue Strukturen und boykottieren Verhandlungen zum Atomwaffenverbot in der UNO. Sie machen Deutschland zum Aufmarsch- und Entfaltungsgebiet der NATO gegen Russland. Immer deutlicher wird, dass der im „Weißbuch zur Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ verwendete Begriff von „mehr Verantwortung“ Dominanz bedeutet. Dem trug auch die Antrittsrede des neuen Bundespräsidenten vor dem EU-Parlament Rechnung. So ist auch der Wechsel des Wirtschaftsministers in die Außenpolitik keine Hoffnung erweckende Veränderung, wurde doch

unter seiner Führung, entgegen der Wahlversprechen, der Rüstungsexport gesteigert und haben die Rüstungskonzerne vor allem über ausländische Tochtergesellschaften Exportbeschränkungen umgangen und Milliardenprofite eingefahren.

Diese Entwicklung war voraussehbar und erforderte ein stärkeres Engagement in der Friedensbewegung. In mehreren Artikeln in **ISOR aktuell** wurde auf die Zusammenhänge von der Lösung sozialer Fragen und der Friedenssicherung und der Notwendigkeit sich aktiv einzubringen hingewiesen. So ist unsere Mitarbeit in der Vorbereitung der Friedensdemonstration vom 8. Oktober des vergangenen Jahres und des Ostermarsches 2017 zu werten.

Überall in der Bundesrepublik gingen tausende Menschen zu Ostern in mehr als 90 Städten auf die Straße, um gegen die friedensgefährdende Entwicklung zu protestieren und im Wahljahr von der Regierung und den Parteien eine grundsätzliche Änderung der Politik zu fordern.

Die gestiegene Anzahl der Veranstaltungen und der Teilnehmer verdeutlichen die zunehmende Sorge der Menschen um den Frieden in Europa und der Welt.

So reiht sich der Berliner Ostermarsch in diese Entwicklung ein. Trotz Kälte und regnerischem Wetter fanden sich am Ostersonntag etwa zweieinhalbtausend Bürger aller Altersgruppen auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz ein, gedachten mit einer Blume am einzigen im alten Westberlin befindlichen Denkmal der Opfer in den Nazi-KZ, um dann in einem drei Kilometer langen Zug durch die Straßen eines multikulturellen Wohngebietes zu demonstrieren. Hervorheben möchte ich, dass Victor Großmann, hoch in den Achtzigern, noch bekannt durch Fernsehen und Rundfunk in der DDR, diesen Zug mitmachte und auch Mitglieder unseres Vereins sich eingereiht hatten. In der Nähe des ehemaligen freislerschen „Volksgerichtshofes“, des ehemaligen „Sportpalastes“ und des Alliierten Kontrollratsgebäudes, wo auch die 2+4-Verhandlungen stattfanden, brachten sie mit Transparenten, Aufrufen und Sprechchören ihre Forderungen nach einem Ende der Gewalt in Syrien, eine Welt ohne Atomwaffen, Stopp der Rüstungsexporte und für weltweite Abrüstung zum Ausdruck. Da die Anwohner durch Aufrufsteckaktionen informiert waren, erfuhren die Demonstrationsteilnehmer vielfachen Zuspruch aus den Wohnungen.

Bei den Kundgebungen erhielten vor allem zwei Redner großen Beifall. Ein Kinderarzt der internationalen Vereinigung Ärzte gegen die Atombewaffnung, der die Haltung der Bundesregierung zur Nichtteilnahme an den Verhandlungen zum Atomwaffenverbot in der UNO anprangerte und ein Vertreter der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“, der die

Zwischenruf

Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

KARL MARX, KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS

Rolle des Rüstungsexports der Bundesrepublik bloßstellte, bei dem Deutschland in Europa an erster und in der Welt an dritter Stelle steht. Dabei blieb er nicht anonym, sondern nannte Ross und Reiter. Europas größter Heeresausrüster ist die Rheinmetall AG, die 2016 knapp drei Milliarden Euro umsetzte und Aufträge für 6,6 Milliarden in ihren Büchern zu stehen hat.

Durch den Redner wurde anlässlich der Hauptversammlung der Aktionäre dieses Konzerns im „Maritim-Hotel“ in der Stauffenbergstraße 26, 1078 Bin-Tiergarten zu einer Protestkundgebung am 9. Mai 2017 um 9 Uhr aufgerufen. Wir werden auch dort unseren Friedenswillen und unsere Verantwortung für dieses Land demonstrieren.

Hans-Joachim Friedrich

Aus der Postmappe

ISOR wird gebraucht. Der Verein ist eine in diesem Deutschland einzigartige antifaschistisch-demokratische Massenorganisation. Das muss trotz der Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht bewahrt werden. Ich kann gut verstehen, wenn der eine oder andere sagt, hat nichts gebracht, ich trete aus. Derjenige muss sich dann aber auch die Frage gefallen lassen, warum warst Du Mitglied bei ISOR, nur wegen des eventuell persönlichen Vorteils (höhere Rente), oder weil Du hier eine Heimat unter Gleichgesinnten gefunden hast. Ich habe hier eine Heimat gefunden und möchte nicht, dass sie zerstört wird.

Wenn wir uns die Lage in der Welt ansehen, deutsche Panzer stehen wieder an der russischen Grenze, deutsche Soldaten sind rund um den Globus im Kriegseinsatz. Da kann man nicht zusehen. Hier kann ISOR als geschlossener Verein viel bewirken. Wir müssen über den Frieden reden. Bert Brecht sagte mal sinngemäß, auch wenn die Worte Asche in unserem Munde sind, lasst uns über Frieden reden. Hier sehe ich ein umfassendes Aufgabenfeld für ISOR.

Mit solidarischem Gruß Wilfried Steinfath

*

Liebe Redaktion, telefonisch habe ich erfahren, dass ein alter Kämpfer und Genosse, Gerhard Stauch, damaliger Leiter der DDR-Zollverwaltung, im hohen Alter verstorben ist. Als ehemaliger Mitarbeiter der Zollverwaltung möchte ich auch den Angehörigen mein herzliches Beileid aussprechen.

In diesem Zusammenhang freue ich mich immer, dass die ISOR der alten Kämpfer gedenkt.

Gleichzeitig bekräftige ich den Artikel des Vorstandes, in dem unermüdlich darum gerungen wird die Zielstellung von Gerechtigkeit zu erreichen. Dafür alles Gute.

Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen

*

Herbert Kierstein, ISOR-Mitglied, Autor und Medienschaffender, wandte sich in einem Brief an die politischen Parteien in Deutschland zum Thema

„Geschichtsfälschung verhindert die Einheit Deutschlands“, in dem es u. a. heißt:

Die Einheit Deutschlands wird sich erst vollenden, wenn die Geschichte beider deutscher Staaten ehrlich und sachkritisch aufgearbeitet wurde.

Als ehemaliger Untersuchungsführer des MfS, der im Verlaufe von 30 Dienstjahren in Hunderten von Ermittlungsverfahren gegen Agenten westlicher Geheimdienste oder von diesen gesteuerten Organisationen involviert war, frage ich anlässlich der am 21.03.2017 erfolgten Übergabe des 13. Tätigkeitsberichtes der BStU an den deutschen Bundestag öffentlich: Warum Tausende von Ermittlungsverfahren gegen westliche Spione bis heute in den Tätigkeitsberichten der BStU keine Rolle spielen“?

Bei allen in der DDR ansässigen Spionen existierten seit der Grenzschließung 1961 in Berlin nachrichtendienstliche Systeme zur unpersonlichen Aufrechterhaltung der Verbindung wie z.B. tote Briefkästen, Deckadressen, Codematerialien zur Ver- und Entschlüsselung von Nachrichten und Informationen, Geheimschreibmittel, einseitige Rundspruchdienste der Geheimdienste und in speziellen Fällen Funkgeräte im Besitz der Agenten. In unterschiedlichem Umfang gelangten Instruktionen und Aufträge der Geheimdienste über geeignete Wege zu den Spionen. (...)

Es waren insbesondere Codematerialien, Geheimschreibmittel und schriftliche Instruktionen, deren Aufbewahrungsorte das MfS bereits vor der Festnahme durch operative Maßnahmen aufklären konnte, sodass deren Sicherstellung als Beweismittel unmittelbar im Zusammenhang mit der Festnahme möglich war. Hinzu kam, dass es Spezialisten des MfS gelang, geheimschriftliche Texte der Spione auf dem Postweg zu kopieren und sichtbar zu

machen. Die Rundspruchdienste der Geheimdienste wurden von einer dafür zuständigen Dienstseinheit permanent aufgezeichnet, weshalb nach Sicherstellung der Codematerialien Chancen gegeben waren, übermittelte Aufträge und Instruktionen zu entschlüsseln.

Verständlich, dass sich dadurch die Auswahlmöglichkeiten der Beschuldigten zur Gestaltung ihres Aussageverhaltens erheblich einschränkten. Die Erkenntnis, dass die Arbeitsmethoden ihrer Auftraggeber sie in ausweglose Situationen gebracht hatte, war ein weiterer Faktor für die Förderung ihrer Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Untersuchungsorgan des MfS. (...)

Wer von Ihnen Aussagen über weitreichende Details und Zusammenhänge bis hin zur operativ verwertbaren Charakterisierung von Geheimdienstmitarbeitern, welche das MfS durch operative Methoden niemals hätte aufklären können, lesen würde, käme aus eigenem Denken zu der Erkenntnis, dass Unterstellungen über psychische Folter und dergleichen abwegig sind.

In gleichem Maße wäre für Sie der Umfang und Inhalt an persönlichen Niederschriften erstaunlich, den Beschuldigte, überwiegend in ihrem Haftraum, angefertigt haben. Die darin enthaltenen Informationen gehen weit über strafrechtliche Aspekte hinaus und bereicherten das Wissen operativer Dienstseinheiten des MfS. Sie waren gleichzeitig Beleg für eine aktive Mitwirkung der Beschuldigten im Ermittlungsverfahren, auf die sie sich auch vor Gericht berufen konnten.

Die als schriftliche Beweismittel existierenden Aufträge und Instruktionen der westlichen Geheimdienste gestatten im Zusammenhang mit den protokollierten Aussagen und persönlichen Niederschriften eine thematische Gliederung der Angriffe gegen die DDR und ihre gesellschaftliche Ordnung.

Sie umfassten Schädlingstätigkeit und Sabotage gegen die Volkswirtschaft der DDR mit bezifferbaren Folgeschäden, Piraterie auf offener See zur Störung und Unterbindung der Handelsbeziehungen der DDR, An- und Abwerbung von Spezialisten und Wissenschaftlern mit dem Ziel, ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten für westliche Konzerne zu erschließen, die Installierung von Funkmeldeköpfen für den Kriegsfall auf dem Territorium der DDR, intensive Sammlung von Informationen über die gesellschaftliche Situation innerhalb der DDR, womit ausnahmslos jeder Spion beauftragt war, um Grundlagen für aktuelle Propagandakonzepte der Medien, staatstragender Parteien und politischen Organisationen zu gewährleisten sowie eine systematische Aufklärung der Standorte, Mannschaftsstärke und Ausrüstung militärischer Einheiten auf dem Territorium der DDR und angrenzender Bruderstaaten. (...)

Angemerkt sei hier, dass die Ausblendung der Angriffe der Geheimdienste gegen die DDR nur ein Bereich ist. Ein anderer, zu dem ich nicht kompetent bin, war das direkte Wirken westlicher Konzerne und Wirtschaftsunternehmen, wozu ebenfalls umfangreiches Aktenmaterial in den Archiven des MfS existierte. Nicht unerwähnt bleiben darf auch die konsequente Haltung der DDR zur Aufarbeitung von Nazi- und Kriegsverbrechen. Die durch das Untersuchungsorgan des MfS dabei erzielten Ergebnisse geben Hinweise auf das Wirken von belasteten Nazis in Machtstrukturen der Alt-BRD und finden in den Tätigkeitsberichten der BStU keinen Platz.

Es ist höchste Zeit, diesen Gegebenheiten bei der Geschichtsaufarbeitung Rechnung zu tragen, das Handeln beider deutscher Staaten und die daraus entstandenen Wechselwirkungen nicht länger auszublenden.

Dies zu leisten sind Roland Jahn und seine Behörde weder gewillt, noch in der Lage. Nur wenn die Archive des MfS in Hände von objektiven Wissenschaftlern kommen und für eine sachliche Geschichtsaufarbeitung uneingeschränkt zur Verfügung stehen kann dies gelingen. Eingeschlossen auch solche Tatsachen, dass im Auftrag verantwortlicher Amtsträger der Bundesregierung ganze Aktenbestände den Archiven des MfS entnommen und den USA übereignet wurden.

Das Wahljahr 2017 sollte Anlass für Überlegungen sein, wie sich Ihre Partei dazu positionieren will. Ich hoffe mit diesem offenen Brief einen Teil Ihrer Wähler zu veranlassen, Ihr Wahlprogramm auch in Bezug auf dieses Thema zu bewerten.

Mit freundlichen Grüßen **Herbert Kierstein**
(Dervollständige Beitrag steht im Internet unter der Rubrik „Leserbriefe“)

*

Ebenfalls einen offenen Brief hat Hans Offenhaus an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles, gerichtet, aus dem hier zitiert wird:

Ich wende mich an Sie in der Hoffnung, Verständnis für das mich Bewegende und Beschwerende zu finden.

Es ist eine Unverschämtheit, wenn der Staatspräsident eines befreundeten Staates und NATO Partner die Bundesrepublik Deutschland mit dem faschistischen Deutschland vergleicht. Was mit aller Entschiedenheit zurück zu weisen ist.

Darauf hat Bundeskanzlerin Angela Merkel hingewiesen, als sie in ihrer Regierungserklärung am 09.03.2017 im Bundestag sagte: „Diese Vergleiche der Bundesrepublik Deutschland mit dem Nationalsozialismus müssen aufhören.“

Eine unbestreitbare Tatsache ist jedoch: Seit das deutsche Rentenrecht besteht, wur-

de es aus politischen Motiven, um bestimmte deutsche Personengruppen zu demütigen, zu diffamieren und materiell zu schädigen zweimal zum politischen Rentenstrafrecht umfunktionierte. Das war einmal in der Zeit des faschistischen deutschen Reiches, gerichtet gegen die jüdischen Bürger Deutschlands.

Ein zweites Mal 1991 in der Bundesrepublik Deutschland. Auch in diesem Fall wurde aus rein politischen Motiven, unter Verletzung und Missachtung des Grundgesetzes, besonders der Artikel 1, 3, 14 und 19 sowie der allgemeinen Menschenrechte, nach dem Anschluss der DDR an die BRD ein extra politisches Rentenstrafrecht in Gestalt des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes – AAÜG – besonders der Paragraphen 7 und 6 geschaffen. Gerichtet gegen bestimmte Personengruppen der DDR, die nunmehr Bürger der BRD geworden waren. Mit dem § 7 AAÜG werden die ehemaligen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem § 6 werden weitere Gruppen aus dem Staatsapparat der DDR gedemütigt, diffamiert und materiell geschädigt.

Tausende der Betroffenen haben sich mit diesem Unrecht nicht abgefunden und im Vertrauen auf die Aussage, dass die BRD ein Rechtsstaat ist, den Klageweg beschritten.

1999 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Urteil festgestellt, dass der § 7 AAÜG nicht verfassungskonform ist. Jedoch nur halbherzig entschieden, dass es keine Festlegung unterhalb des Durchschnittes, also 1,0 Entgeltpunkte geben darf. Dem Gesetzgeber wurde jedoch freigestellt, eine höhere Entscheidung als die 1,0 Entgeltpunkte zu treffen. Er habe darin einen weiten Ermessensspielraum. Diesen Ermessensspielraum hat seit 1999, offensichtlich auch aus politischen Motiven, keine Regierung der BRD genutzt, um das Unrecht zu beseitigen.

Auch nicht die SPD, deren Bundestagsfraktion 1995 einen Gesetzentwurf zur Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes als Drucksache 13/1542 in den Bundestag einbrachte. In dem Gesetzesvorschlag vom 31.05.1995 heißt es: „Das Rentenüberleitungsgesetz von 1991 hat zwar den meisten Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern eine deutliche Erhöhung und schnelles Wachstum ihrer Altersversorgung gebracht. Es enthält jedoch zahlreiche Vorschriften, die von den Betroffenen nicht zu Unrecht als Diskriminierung und als politisches „Rentenstrafrecht“ empfunden werden. Es liegt im Interesse der inneren Einheit Deutschlands die Diskriminierung zu beseitigen.“ (...)

Da der Ermessensspielraum von den Regierungen der BRD nicht genutzt wurde, um das Unrecht zu beseitigen und das BVerfG 2004 erklärt hatte, dass es bereit sei, erneut zu verhan-

deln, wenn neue rechtserhebliche Tatsachen vorgelegt werden, wurde von den Betroffenen nochmals der Klageweg beschritten.

Im Verlaufe von mehr als vier Jahren wurden beim BVerfG sieben Verfassungsbeschwerden eingereicht. Obwohl die geforderten neuen rechtserheblichen Tatsachen in Gestalt zweier Gutachten vorgelegt wurden, hat die 1. Kammer des Ersten Senats des BVerfG am 7. November 2016 beschlossen, die sieben eingereichten Verfassungsbeschwerden zu § 7 AAÜG nicht zur Entscheidung anzunehmen und gleichzeitig bestimmt, dass der Beschluss nicht anfechtbar ist.

Das heißt, dass das BVerfG nicht bereit ist, die sieben Verfassungsbeschwerden inhaltlich zu prüfen. Das bedeutet gleichzeitig, dass für die ca. 73.000 betroffenen Rentnerinnen und Rentner der Rechtsweg verschlossen ist.

Nach meinem Verständnis ist dieser Beschluss des BVerfG kein rechtlicher Beschluss, sondern ebenfalls eine politische Entscheidung.

Ich gehe davon aus, dass die Entscheidung des BVerfG so getroffen wurde, weil es nicht bereit ist, erneut die Verantwortung für etwas zu übernehmen, für das die Regierenden die alleinige Verantwortung tragen. Damit verhält sich jedoch, so sehe ich es, das BVerfG als Grundgesetzwächter selbst grundgesetzwidrig.

Eine Tatsache ist auch, dass sich keine Bundesregierung nach 1990 an das gehalten hat, was der erste Bundeskanzler der BRD, Dr. Konrad Adenauer, in einem „Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit“ den Siegermächten Sowjetunion, USA, Frankreich und England versprochen hat.

In dem Memorandum heißt es: „Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz Deutschland wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teil Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen. Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur, weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschland tätig gewesen ist, verfolgt wird.“

Ich bitte Sie, dafür Sorge zu tragen, dass 26 Jahre nach Wiederherstellung der deutschen Einheit das, was die Bundesregierung 1956 den Siegermächten und auch dem deutschen Volk als Versprechen abgegeben hat, nun letztlich in die Tat umgesetzt und damit das Unrecht der Demütigung, der Diffamierung und materiellen Schädigung der durch den § 7 und § 6 AAÜG Betroffenen beseitigt wird.

Mit freundlichen Grüßen **Hans Offenhaus**

Ein sehr gern gesehener Vortragsredner war wieder am 31.03.2017 bei uns in Frankfurt. Zahlreich erschienen waren die Genossen von ISOR und RotFuchs, gespannt auf den Vortrag von Bernd Biedermann.

Klar wurde, wie man über Rüstungsfragen, Auslandseinsätze, Nachwuchsgewinnung und über die strategische Orientierung denkt und handelt. Die politischen Grundlinien, die vor allem in europolitischen Fragen sich immer wieder deutlich zeigen, verlangen, aktuell die gegenwärtige veränderte Bedrohungslage zu analysieren. Für die Notwendigkeit eines neuen Weißbuches sprechen die „Umwälzungen im Nahen Osten und die aggressive Politik Russlands“ in Osteuropa. Die Vorstellungen Deutschlands, „die globale Ordnung aktiv mit zu gestalten, ergeben sich wegen seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke, wie im Vortrag

sehr deutlich zum Ausdruck kam.

In diesem Zusammenhang sind die Haltungsänderungen gegenüber Russland gravierend wie es Bernd Biedermann sehr anschaulich und interessant erläuterte.

Wie es insgesamt mit dem militärischen Sachverstand bestellt ist, wurde deutlich diskutiert, indem wir während des zweistündigen Vortrags Begriffe und Wortschöpfungen, wie z. B. Resilienz u. a. analysierten. Die Lücken und Tücken des Weißbuches, das ein Leitfaden für Rüstungsfragen, und generell einer für die strategische Orientierung sein soll, zeigen sich immer wieder in der Feindbildorientierung und der hohen Militarisierung des sicherheitspolitischen Denkens.

Die aktuelle Situation in der NATO, wo Deutschland sich verpflichtet, seinen glaubhaften Beitrag zur Absicherung zu leisten, wur-

de beispielhaft dargelegt, was auch die lebhafteste Diskussion im Anschluss erkennen ließ. Die Aussage des 1. Generalsekretärs der Allianz, Lord Ismay, formulierte es treffend: Wir haben die NATO gegründet, um in Europa die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten“

Sicherheit im Nuklearzeitalter kann nicht mehr gegen, sondern nur noch miteinander erfolgen.

Fazit: Eine sehr gelungene Veranstaltung, die mit Sicherheit eine Fortsetzung finden wird.

Der zum Jahreswechsel gegründete Gesprächskreis fand zur ersten Veranstaltung reichlich Besucher. Grund also zum weitermachen

Das fördert die Gemeinsamkeiten, die uns stark machen.

**Angelika Wöhnert, Volker Lang
Frankfurt (O)**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.04.2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.05.2017

Einstellung im Internet: 09.06.2017

Auslieferung: 15.06.2017

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15